

# DIE BESSERE BILANZ

**WIR** HABEN DIE KRAFT

**CDU**



## ARBEITSPLÄTZE

**Im letzten Jahr der Regierungszeit von Rot-Grün war die Arbeitslosigkeit trotz weltweitem Wirtschaftsboom auf über fünf Millionen gestiegen – die höchste Zahl nach dem Zweiten Weltkrieg.**

Wir haben die Lohnzusatzkosten und Abgaben reduziert, den Mittelstand entlastet, Bürokratie abgebaut und die Arbeitsvermittlung verbessert. Der Erfolg: Die Zahl der Arbeitslosen sank im vergangenen Herbst auf unter drei Millionen – zum ersten Mal seit 16 Jahren. Gleichzeitig stieg die Zahl der Erwerbstätigen auf über 40 Millionen. Insgesamt gibt es über 1,3 Millionen Beschäftigte mit Sozialversicherung mehr als unter Rot-Grün. Damit stehen heute so viele Menschen in Deutschland im Berufsleben wie nie zuvor in den vergangenen 60 Jahren.

Wir setzen alles daran, an diese Erfolge nach der Wirtschaftskrise anzuknüpfen.



## FÜR DEN WEG AUS DER KRISE

**Rot-Grün hatte die Hedge-Fonds im Jahr 2004 in Deutschland zugelassen – ohne gleichzeitig ein notwendiges internationales Regelwerk für die Finanzmärkte zu verankern. Gleichzeitig lag die Steuerbelastung der Unternehmen bei rund 39 Prozent – im internationalen Vergleich viel zu hoch. Das hat die Schaffung von Arbeitsplätzen und Lehrstellen erheblich belastet.**

Die unionsgeführte Bundesregierung hat diese Entwicklung gestoppt: Mit der Unternehmensteuerreform wurde die Steuerbelastung auf unter 30 Prozent gesenkt – ein starkes Plus für den Standort Deutschland. Als Reaktion auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Bundesregierung den Bankenrettungsschirm sowie den Pakt für Deutschland beschlossen. Zentrale Elemente darin sind: Der Schutz der Sparguthaben der Bürger. Die Sicherung der Kreditversorgung von Unternehmen. Die Investition in Bildung und Infrastruktur. Und die Senkung der Einkommensteuer sowie der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, die in diesem bzw. auch im kommenden Jahr wirksam werden.

*„Unser Land steht heute – 2009 –  
besser für die Zukunft gerüstet da als 2006.  
Darauf bauen wir auf.“*

*Ronald Pofalla*

*Generalsekretär der CDU Deutschlands*

Hinzu kommt: Angela Merkel ist es gelungen, klare internationale Verabredungen mit den G20 Staaten zur Regulierung der Finanzmärkte zu treffen, um so künftige Krisen zu verhindern. Um diese Regeln umzusetzen wird es im September dieses Jahres ein weiteres Gipfeltreffen in den USA geben. Angela Merkel setzt sich dafür ein, dass dabei die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft international Geltung erhalten.

## **HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG**

**Viermal in Folge verletzte Rot-Grün die vorgeschriebenen Defizit-Kriterien des Europäischen Stabilitätspaktes. Die Verschuldung wurde Jahr für Jahr nach oben getrieben, ohne an die Folgen für die nachfolgenden Generationen zu denken.**

Dank einer konsequenten Finanzpolitik der CDU-geführten Bundesregierung hat Deutschland schon 2006 die Defizitkriterien wieder eingehalten. 2007 und 2008 hatten Bund, Länder und Gemeinden zusammen sogar de facto ausgeglichene öffentliche Gesamthaushalte. Im Bund war bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise ein Ende der Neuverschuldung bereits fest vereinbart.



Um neuen Schulden in Zukunft einen wirksamen Riegel vorzuschieben, haben wir eine Schuldenbremse im Grundgesetz verankert.

## **INNERE SICHERHEIT**

**Auf die veränderte Bedrohungslage durch den internationalen Terrorismus und Extremismus seit den Anschlägen auf das World Trade Center 2001 hatte Rot-Grün bis 2005 nicht angemessen reagiert.**

Unter Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde die Sicherheitspolitik für unser Land deutlich verbessert: Eine zentrale Antiterrordatei wurde errichtet. Das Bundeskriminalamt kann zur Abwehr von Gefahren des Terrorismus bereits vorbeugend tätig werden. Um Terrorplanungen im Internet zu verhindern, wurde eine Rechtsgrundlage für Online-Durchsuchungen geschaffen. Die Ausbildung in einem „Terrorcamp“ wurde unter Strafe gestellt. Dazu wurde eine Kronzeugenregelung bei terroristischen und anderen schwersten Straftaten wieder eingeführt.




## BILDUNG

In der Regierungszeit von Rot-Grün war Deutschland bis 2005 bei den Forschungsinvestitionen im europäischen Vergleich zurückgefallen. Es fehlten Ausbildungsstellen; das Angebot wurde zwischen 1998 und 2004 um annähernd sieben Prozent reduziert. Auch 2009 hält die SPD weiter an einer ideologischen Bildungspolitik fest. Sie will „das gegliederte Schulsystem überwinden“, also die Haupt- und Realschulen schließen, die Gymnasien abschaffen und durch eine SPD-Einheitsschule ersetzen.

Das Wissen in unseren Köpfen ist die wichtigste Ressource unseres Landes. Diese lässt sich nur durch eine verlässliche Forschungs- und Bildungspolitik erhalten. Sie sichert unseren Wohlstand von morgen. Für jeden Abschluss muss es einen Anschluss geben. Deshalb halten wir am gegliederten Schulsystem fest.

Wir haben durch die Exzellenzinitiative unsere Spitzenforschung gefördert und das BAföG für Studenten aus einkommensschwachen Familien erhöht. Seit 2005 hat die CDU-geführte Bundesregierung die Ausgaben für unsere Innovationsfähigkeit von jährlich neun Milliarden Euro auf zwölf Milliarden Euro gesteigert.



Im Konjunkturprogramm haben wir zusätzlich 8,6 Milliarden Euro für Bildungsinvestitionen bereitgestellt.

## FAMILIEN

Für die Schröder-Regierung waren Familienthemen nur lästiges „Gedöns“. Immer weniger junge Familien erhielten nach der Geburt eines Kindes Erziehungsgeld. Der versprochene Ausbau der Kinderbetreuung ließ auf sich warten.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat das erfolgreiche Elterngeld eingeführt. 153 000 zusätzliche Betreuungsplätze auch für Kinder unter drei Jahren wurden seit 2005 geschaffen. Bis zum Ende der nächsten Wahlperiode wollen wir ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen schaffen.

Kinderbetreuungskosten sind seit 2006 steuerlich besser abzusetzen. Damit haben wir den Eltern mehr Möglichkeiten gegeben, Familienleben und Beruf nach eigenen Vorstellungen zu koordinieren.

Mehr Informationen unter:  
[www.cdu.de](http://www.cdu.de)

## UMWELT UND ENERGIE

Rot-Grün hatte den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen, ohne die Energieversorgung in Deutschland durch alternative Quellen sicherzustellen. Aus ideologischen Gründen hält die SPD an der Abschaltung der sicheren Kernkraftwerke fest.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Klimapolitik zur Chefsache gemacht und sich auch international für strengere Klimaschutz-Richtlinien eingesetzt.

Wir fördern regenerative Energien, die in Deutschland zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen haben.

Wir treten für saubere, sichere und bezahlbare Energie ein, werden deshalb die Laufzeiten der sicheren Kernkraftwerke verlängern und gleichzeitig die Erforschung alternativer Energien vorantreiben. Wir sind gegen den Bau neuer Kernkraftwerke.